

Beschluss des Landrats vom 25.05.2023

Nr. 2201

21. Bessere Bildungschancen auch für vorläufig aufgenommene Ausländer:innen 2023/111; Protokoll: ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme den Vorstoss als Postulat entgegen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Miriam Locher (SP) beginnt mit einem Aspekt, der heute bereits mehrfach geäussert wurde: Der Fachkräftemangel in der Region. Es geht im Vorstoss um junge Menschen, die langfristig hier bleiben werden. Es ist im Interesse aller, dass deren Bildungsbiografien keine Unterbrüche erfahren. Mit dem Vorstoss und den angestrebten Regelungen wäre Basel-Landschaft nicht der einzige Kanton; Basel-Stadt und Genf haben diese Änderungen bereits umgesetzt und die Ausbildungsbeiträge so angepasst. Mit verbesserten Bildungschancen besteht die Chance, einen Schritt zur Bekämpfung des Fachkräftemangels zu tun. Junge, gut ausgebildete Menschen sind nicht nur eigenständig und langfristig finanziell unabhängig, sondern auch ein Gewinn für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Zukunft. Miriam Locher möchte an einer Motion festhalten.

Anita Biedert (SVP) sagt, die SVP-Fraktion lehne den Vorstoss einstimmig ab, sowohl als Motion als auch als Postulat. Der Asylstatus vorläufig aufgenommener Menschen ist klar definiert. Diese Personengruppe hat kein Aufenthaltsrecht, sondern sie wurde bereits weggewiesen, was jedoch nicht vollzogen werden kann. Es handelt sich um eine klare Abgrenzung zu den Staatenlosen oder den anerkannten Flüchtlingen. Diese Personen haben Stipendien aufgrund klarer Vorgaben bezüglich des Aufenthaltsstatus zugute. Die Personen mit Status S haben Flüchtlingseigenschaft und aktuell erhalten weniger als zehn Personen Stipendien. Es gibt zahlreiche private Mittel, Stiftungen, Fonds, die um Unterstützung angefragt werden können. Auch den ukrainischen Flüchtlingen wurde aus Fonds und Stiftungen für ein Studium Geld zugesprochen. Bei Menschen mit Ausweis F müssen die Regeln eingehalten werden, denn durch das Zulassen von Stipendien würde nach zwei Jahren ein Automatismus greifen und eine Bevorzugung resultieren, was eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Aufenthaltsgruppen wäre. Die vorläufig Aufgenommenen können einer Erwerbstätigkeit nachgehen – allerdings zeigen die Zahlen, dass dies nur 25 % tun. Die SVP-Fraktion ist nicht derselben Meinung wie der Regierungsrat, dass dies geprüft werden muss.

Heinz Lurf (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei zum gleichen Schluss gekommen wie die Vorrednerin und lehne eine Überweisung sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Die Unterscheidung zwischen vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern und Personen mit dem Status «Flüchtlinge» in Bezug auf die Stipendienberechtigung ist sicherlich nicht optimal. Auch ist nicht bekannt, wie viele Personen mit dem Ausweise F von einer möglichen Gesetzesänderung über die Ausbildungsbeiträge in den Genuss von Stipendien kämen. Es fehlen verlässliche Zahlen. Jedoch ist davon auszugehen, dass nur wenige vorläufig Aufgenommene junge Menschen einen Antrag auf Stipendien stellen würden. Es gibt Alternativen für Personen, die mit dem Status F länger in der Schweiz bleiben. Eine Berufslehre ist ein guter Start ins Erwerbsleben. Würden weiterführende Schulen oder ein Studium ein Thema werden, könnten Stiftungen oder gemeinnützige Institutionen für ein Stipendium angefragt werden. Auch das berufsbegleitende Weiterbilden und ein Werkstudium sind möglich.

Patricia Bräutigam (Die Mitte) sagt, die Forderung der Motion sei insofern berechtigt, als dass für eine erfolgreiche Integration die Arbeitstätigkeit entscheidend sei, ebenso die vorangehende lü-

ckenlose Ausbildung. In Anbetracht der unklaren finanziellen Folgen und der Möglichkeit, Alternativen zu prüfen, sind die Ausführungen des Regierungsrats jedoch nachvollziehbar. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung als Postulat, eine Motion wird nicht unterstützt.

Miriam Locher (SP) meint, eine Umsetzung sei nicht möglich, wurde gesagt. Andere Kantone zeigen, dass es erfolgreich möglich ist. Es geht um eine verbesserte Integration. Es besteht der Wunsch, dass sich die Leute besser integrieren, Fuss fassen etc. Es fehlen Zahlen, wie viele Leute davon profitieren würden. Die FDP-Fraktion geht im Moment von wenigen aus. Deshalb wäre es sinnvoll, dass das Anliegen geprüft wird. Es geht nicht um eine Bevorzugung – die Leute sollen nicht neidisch sein, sondern möglichst viele Leute sollen eine gute berufliche Bildung erwerben können, Fuss fassen und finanziell unabhängig werden. Stiftungen wurden angesprochen – einige Landratsmitglieder wissen, wie schwierig es auch für hier geborene Personen ist, Unterstützung von Stiftungen zu erhalten. Deshalb ist der Vorstoss der richtige Weg. Es geht um Menschen, die langfristig hier bleiben werden, weshalb es in aller Interesse sein sollte, dass die Bildungsbiografien unterstützt werden. Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt. Es ist wichtig, in diesem Bereich vorwärts zu machen.

://: Mit 43:28 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
